

Das Beispiel Bönen

50 Jahre Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen

von Barbara Börste

In den 1960er-Jahren wurde nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den anderen Bundesländern deutlich, dass die althergebrachten Gemeindestrukturen nicht mehr zeitgemäß waren und größere, den Zielen der Raumordnung angepasste Strukturen geschaffen werden mussten. Die Vielzahl der kleinen Gemeinden mit einer geringen Einwohnerzahl und oft schwacher Finanzkraft sah sich immer weniger in der Lage, eine leistungsfähige Verwaltung zu stellen und Einrichtungen, die den kommunalen Standard bestimmen, zu schaffen und zu unterhalten. Im Kreis Unna stand das Thema Kommunale Neuordnung ebenfalls im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussionen, insbesondere auch im Hinblick auf die einseitig orientierte Wirtschaftsstruktur des Kreises. Spätestens seit der Bergbaukrise und den zeitgleichen Anpassungsschwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft zeigte sich, dass dringend Handlungsbedarf bestand. Um der Monostruktur entgegenzuwirken, wurde zunächst die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna forciert, und bereits am 24. August 1961 erfolgte die Eintragung der „WFG“ in das Handelsregister. Damit war nicht nur die Grundlage für eine erhebliche Verbesserung der Wirtschaftsstruktur geschaffen, sondern es wurde auch die Diskussion um die Gebietsreform entscheidend gefördert. Der Austausch von Pro- und Contra-Argumenten, die oftmals zähen Verhandlungen und Auseinandersetzungen der Politiker fanden zunächst hinter verschlossenen Türen statt.

Angst um die dörfliche Identität

In der Bürgerschaft fand das Thema erst Beachtung, nachdem gegen Ende des Jahres 1965 die ersten Pläne der Landesregierung durchsickerten. Die Mehrzahl der Einwohner stand einer Neuordnung mit großer Skepsis gegenüber, befürchteten sie doch, dass mit der verlorenen Selbständigkeit die dörfliche Identität verloren gehen würde. Zur Beschwichtigung der Gegner und um die kommunale Gebietsreform voranzutreiben, entschied das Innenministerium in Düsseldorf 1967 den Einsatz einer Arbeits-

gruppe, die sich vor Ort ein Bild machen sollte, und die daher häufig auch als „Fliegende Kommission“ bezeichnet wurde. Nach eingehender Prüfung der jeweiligen städtebaulichen Situation, der Lage der Arbeitsstätten, der Verkehrsverhältnisse sowie der kommunalen Einrichtungen durch die Kommission unter der Leitung des Ministerialdirigenten Dr. Eising wurden gemeinsam die Vorschläge der Oberkreisdirektoren mit den Vertretern der beteiligten Ämter und Gemeinden erörtert. Die Presse und die interessierte Öffentlichkeit erhielten ebenfalls eine Einladung zu den Besprechungsterminen. Auf Grund der geleisteten Vorarbeit und des bereits vollzogenen Zusammenschlusses der Stadt Bergkamen sowie der bevorstehenden Auflösung der Ämter stattete die Kommission als erstem dem Kreis Unna einen Besuch ab. Die von der Arbeitsgruppe entwickelte Konzeption diente als Grundlage für einen ersten Gesetzentwurf, der im Juli 1967 vorgelegt wurde.

LANDKREIS UNNA – NEUGLIEDERUNG NACH DEM REGIERUNGSENTWURF VOM JULI 1967

Stadt Unna	48.835 Einwohner	88,43 km ²
Stadt Kamen	39.362 Einwohner	40,94 km ²
Stadt Bergkamen	48.873 Einwohner	44,14 km ²
Gemeinde Pelkum-Herringen	rd. 25.000 Einwohner	41,02 km ²
Gemeinde Altenbögge-Bönen	18.326 Einwohner	37,92 km ²
Gemeinde Rhynern	rd. 9.300 Einwohner	64,88 km ²
Gemeinde Uentrop	rd. 10.000 Einwohner	39,29 km ²
Gemeinde Holzwickede	12.286 Einwohner	22,41 km ²
Stadt Fröndenberg	16.929 Einwohner	57,29 km ²

Nicht überall stieß dieser erste Entwurf auf uneingeschränkte Zustimmung. Insbesondere der Hammer Oberstadtdirektor Günter Rinsche monierte, dass bei einer Neuordnung des Landkreises Unna die Belange seiner Stadt keine Berücksichtigung fänden und meldete massive Gebietsansprüche gegenüber dem Kreis an. So seien die Gemeinden Wiescherhöfen, Berge, West- und Osttünnen, Braam-Ostwennemar und Werries so eng mit der Stadt Hamm verwachsen, dass sich ein regelrechter Versorgungsbereich entwickelt hätte. Die Realisierung einer Aufwärtsentwicklung der sechs eher leistungsschwachen Nachbargemeinden hielt er durch einen Zusammenschluss mit der Stadt Hamm eher für gewährleistet. Nach zahlreichen Gesprächen, Volksbefragungen und Unterschriftensammlungen

bönen eine Einheit bilden sollte, äußerten die Vertreter der beiden Gemeinden des Amtes Rhynern, Flierich und Bramey-Lenningsen, zunächst Bedenken. Schließlich ließ man sich jedoch von den Vorteilen eines Zusammenschlusses überzeugen und stimmte dem Gebietsänderungsvertrag zu. Eine besondere Position im Rahmen der Debatte nahm die Gemeinde Heeren-Werve ein, die selber bestrebt war, eigenständig zu bleiben. Aufgrund der geringen Einwohnerzahl wurde diesem Wunsch jedoch nicht entsprochen. Der Streit entfachte sich nunmehr um die Frage, ob man sich Kamen oder Altenbögge-Bönen anschließen sollte. Auf den ersten Blick bot sich wegen der ähnlichen, vom Bergbau geprägten Bevölkerungsstruktur ein Zusammenschluss mit der Gemeinde Altenbögge-Bönen an, zumal die Mehrzahl der Bergarbeiter nach der Einstellung der Kohlenförderung in Heeren-Werve im Jahr 1965 Arbeit auf der benachbarten Schachanlage Königsborn III/IV in Altenbögge gefunden hatte. Eine Möglichkeit, die insbesondere von der Gemeinde Altenbögge-Bönen favorisiert wurde, konnte man mit einer Einwohnerzahl von mehr als 20.000 immerhin über ein eigenes Bau- und Jugendamt verfügen und ein Gymnasium einrichten.

Bönen oder Bönefeld?

Die Kommission hingegen befand, dass sich zwei gleichermaßen vom krisengefährdeten Bergbau abhängige Gemeinden nicht zusammenschließen sollten. Dieser Sachverhalt widersprach auch dem Ziel der Neugliederung, den Bürgern möglichst einen Arbeitsplatz in ihrer Gemeinde zu bieten. Sie empfahl daher die Vereinigung von Heeren-Werve mit der Stadt Kamen, da sich zudem auf einem Industriegelände zwischen dem Doppeldorf und Kamen gerade einer der größten chemischen Konzerne niedergelassen hatte. In einer letzten Gemeinderatssitzung im Dezember 1967 folgte der Rat der Gemeinde Heeren-Werve dem Vorschlag der Kommission und votierte für eine Fusion mit der Stadt Kamen. Der enttäuschten Gemeinde Altenbögge-Bönen verblieb nunmehr nur noch zu klären, welchen Namen die neue Großgemeinde zukünftig tragen sollte. Der von einem Gemeindevertreter eingebrachte Vorschlag „Bönefeld“ wurde schnellstens verworfen, und der Name Altenbögge-Bönen wurde auf Grund seiner Länge ebenfalls abgelehnt. Da die Historie des einstigen Kirchspiels Bönen die tiefer liegenden Wurzeln hatte, entschied man sich letztendlich dazu, die Gemeinde fortan Bönen zu nennen. Das Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Unna war eines der ersten Gesetze der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen, das am 19. Dezember 1967 verkündet wurde und am 1. Januar 1968 in Kraft trat. Durch dieses Gesetz wurden aus 61 Gemeinden neun amtsfreie Städte

und Gemeinden im Landkreis Unna gebildet, die kreisfreie Stadt Hamm um drei Gemeinden und die kreisfreie Stadt Lünen um die Gemeinde Niederaden vergrößert.

Mit einer Fläche von rund 38 Quadratkilometern zählte die neue Gemeinde Bönen eher zu den kleineren Kommunen am Rande des Ruhrgebietes. Aber die in Politik und Verwaltung engagierten Männer der ersten

Stunde (die Zahl der politisch aktiven Frauen war zu der Zeit eher gering) waren ehrgeizig. Sie wollten eine befriedigende Wohnsiedlungsentwicklung, ein vielfältiges Kultur-, Sport- und Freizeitangebot sowie eine neuorganisierte Schullandschaft für ihre Gemeinde schaffen. Allen voran die beiden Männer an der Verwaltungsspitze: Gemeindedirektor Alfred Schmiedel und Bürgermeister Fritz Böckmann.

Alfred Schmiedel war gelernter Schreiner, arbeitete später jedoch als Gewerkschaftssekretär der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. 1961 wurde der Sozialdemokrat Gemeindevertreter der Gemeinde Altenböge-Bönen und Amtsvertreter der Amtsverwaltung Pelkum. In der Wahlperiode von 1962 bis 1966 war er Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen und wurde im Anschluss zunächst zum ehrenamtlichen und ab Januar 1967 zum hauptamtlichen Amtsdirektor des Amtes Pelkum berufen. Sein Parteifreund Fritz Böckmann, einstmals Rektor der hiesigen Fröbel-Sonderschule, wurde 1964 zum Bürgermeister der Doppelgemeinde Altenböge-Bönen gewählt. Am 26. März 1968 wurden die beiden Bönener Urgesteine, nachdem sie die Gemeinde zunächst nur kommissarisch verwaltet hatten, in ihren Ämtern als Bürgermeister und Gemeindedirektor der Großgemeinde Bönen bestätigt.

Ehrgeizige Ziele und hohe Investitionen

Im Zuge der zu erwartenden Abkehr vom Kohlebergbau setzten sich beide vor allem für ein gut ausgebautes Straßennetz ein, um die Attraktivität als Industriestandort zu steigern. Allein in den Jahren von 1968 bis 1972 wurden rd. 11,5 Millionen DM, die Zuschüsse nicht mitberechnet, investiert. Zudem wurden in den Folgejahren erhebliche finanzielle Aufwendungen erbracht, um öffentliche Gebäude instand zu setzen oder neu zu bauen und Wohngebiete zu erschließen. Auf den Bau eines repräsentativen Rathauses



Ein Aufnahmeteam des WDR befragte Bürgermeister Fritz Böckmann, Gemeindedirektor Alfred Schmiedel und Prago-Stahl-Chef Peter Eichmann im August 1969 über die Auswirkungen der kommunalen Neuordnung für Bönen.



Eine der ersten Amtshandlungen des Bürgermeisters Böckmann (r.) war die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages mit der französischen Stadt Billy-Montigny.

wurde bewusst verzichtet. Andererseits bot die ehemalige Nebenstelle des Amtes Pelkum an der Bahnhofstraße 54 nicht ausreichend Platz für die fast 70 Mitarbeiter. Entsprechend entschied man sich, auf einem Grundstück in Altenbögge südlich der Bahnhofstraße einen einstöckigen Neubau in Fertigbauweise zu errichten. Als Pädagoge lag dem jungen Fritz Böckmann naturgemäß die Bildung besonders am Herzen, aber auch ein gutes Kultur- und Freizeitangebot für die Bevölkerung war ihm wichtig. So setzte er sich maßgeblich dafür ein, dass in Bönen eine eigene Realschule eingerichtet wurde. Zum Schuljahresbeginn 1969/70 startete der Unterrichtsbetrieb für 105 Kinder in dem erst 1966 neu errichteten Schulgebäude „Auf der Woort“. Ebenso leitete er noch in seiner Funktion als Bürgermeister von Altenbögge-Bönen den Umbau der Alten Mühle zum Kulturzentrum ein, das am 21. September 1969 eröffnet wurde. Zunächst waren neben der Volkshochschule auch die Gemeindebücherei und eine Heimatstube im Kulturzentrum untergebracht. Später, nach Verlegung der Bücherei zur Lessingstraße, beherbergte die Mühle für einen Zeitraum von gut zehn Jahren auch das Gemeindearchiv. Dabei hatte Bürgermeister Böckmann 1969 weitaus ambitioniertere Pläne. Auf 160 Hektar sollte angrenzend an das Waldgebiet „Mergelberg“ ein Freizeitpark samt Campingplatz entstehen. Als Hauptanziehungspunkt war ein in einem Bergsenkungsgebiet gelegener, künstlich aus der Seseke aufgestauter See vorgesehen. Die projektierte Wasserfläche von mehr als 30 Hektar sollte genügend Raum für eine Badezone, aber auch für den Wassersport bieten. Die Kosten wurden in einer Studie auf rund 21,8 Millionen DM geschätzt. Da die Gründung einer Trägergesellschaft zur Erbringung des immensen Eigenanteils nicht zustande kam, fasste der Gemeinderat 1974 den Beschluss, das Projekt aus finanziellen Gründen nicht weiter zu verfolgen.

Zwischenzeitlich hatte sich allerdings auch das politische Amt Fritz Böckmanns geändert. Als Mitglied des Kreistages, dem er seit 1969 angehörte, wurde er im Dezember 1970 als Nachfolger von Jürgen Girgensohn zum Landrat des Kreises Unna gewählt. Dieses Amt übte er bis zum Jahr 1988 aus. Sein Nachfolger im Bürgermeisteramt wurde der Bergmann und langjährige Betriebsratsvorsitzende der Schachtanlage Königsborn III/IV Jakob Wienhusen. Ausgerechnet er musste es hinnehmen, dass in seine Amtszeit die Zechenstilllegung im Mai 1981 fiel. Sein Hauptanliegen war demzufolge gemeinsam mit dem Gemeindedirektor die Schaffung neuer Arbeitsplätze im monostrukturierten Bönen. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Sanierung der Zechenkolonien und die Überplanung des Zechengeländes. Am 15. Dezember 1988 trat Jakob Wienhusen auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurück und überließ dem gerade einmal 35 Jahre alten Kriminalbeamten Rainer Eßkuchen „die Bühne“.

Der Strukturwandel schreitet voran

Fast exakt zehn Jahre war Rainer Eßkuchen an der Seite der Gemeindedirektoren Alfred Schmiedel und dessen Nachfolger Udo Huesmann ehrenamtlich als Bürgermeister tätig, bevor er mit der Abschaffung der Verwaltungsdoppelspitze am 9. Mai 1998 zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister gewählt wurde. Als wichtigstes Ziel für die Zukunft Bönens benannte er in seiner Antrittsrede, den Strukturwandel von der Bergbaugemeinde zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort voranzutreiben. Weiterhin setzte er auf mehr Lebensqualität in der Gemeinde durch die Verbesserung der Infrastruktur. Im Jahr 1992 wurde auf dem ehemaligen Zechengelände die neue gemeindliche Mitte mit einer See- und Parkanlage samt einem Spielgelände für die Kinder eingeweiht. Später entstanden auf dem Grundstück die neue Goetheschule, eine Turnhalle sowie ein Hallenbad und eine Sauna. Zur Steigerung der Attraktivität des Ortskerns wurden zudem moderne Geschäfte errichtet und ein Teil der Bahnhofstraße in eine Fußgängerzone umgewandelt.



Durch die internationale Bauausstellung Emscher Park ist der Zechenturm, der heute als letztes Relikt an die Bergbauergangenheit der Gemeinde erinnert, mit der Lichtinstallation „Yellow Marker“ als Ostpol in die Route der Landmarkenkunst eingebettet. Seit 2003 sorgt die „Bürgerstiftung Förderturm Bönen“ gemeinsam mit der Politik, der Gemeindeverwaltung und dem Förderverein Zeche Königsborn III/IV dafür, dass der Turm erhalten und durch kulturelle und soziale Aktivitäten mit Leben gefüllt wird.

Um den massiven Wegbruch von Arbeitsplätzen zu kompensieren, wurde im Ortsteil Westerbönen ein neues Industriegebiet ausgewiesen. Eine gute Voraussetzung für die Vermarktung der Gewerbeflächen „Am Mersch“ wurde sicherlich mit der neuen Bönener Ortsumgebung und dem Autobahnanschluss an die A 2 geschaffen, die 1996 eingeweiht worden waren. Der einzige Wermutstropfen war, dass eine nicht geringe Anzahl oftmals alteingesessener Höfe und Kotten in Westerbönen dem neuen Industriestandort weichen mussten. Eine Herzensangelegenheit war dem Bürgermeister als einst aktivem Handballer und passioniertem Radfahrer die Sportförderung. Seinem Wunsch entsprechend konnten

Im Mai 1992 waren die Maßnahmen zur Gestaltung der neuen Gemeinde-mitte fast abgeschlossen. So wurde eine See- und Parkanlage sowie ein Kinderspielplatz angelegt, den neue Wohn- und Geschäftshäuser umgeben.

Schulen und Sportvereinen genügend gut ausgestattete Sportstätten zur Verfügung gestellt und der Ausbau von Radwegen fortgesetzt werden. Besondere Erwähnung verdient auch die Gründung des Marie-Curie Gymnasiums, das am 2. August 1999 den Lehrbetrieb aufnahm. Die Erfolgsstory der Gemeinde Bönen setzte sich fort, bis die schwere Wirtschaftskrise auch die Kommunen in eine finanzielle Schieflage brachte. Und so musste Eßkuchen nach seiner erneuten Bestätigung im Amt im Jahr 2009 verkünden, dass der gerade noch wohlhabenden Gemeinde durch schwindende Gewerbe- und Einkommensteuern, steigende Soziallasten und ein neues Haushaltsrecht schwere Zeiten bevorstehen. Bevor seine Amtszeit als Bürgermeister am 20. Oktober 2015 nach 27 Jahren endete, musste er sich daher von so manchem der einst gesteckten Ziele verabschieden.

Gemeindejubiläum im Juni 2018



Mit Stephan Rotering hat die Gemeinde Bönen erstmals keinen sozialdemokratischen, sondern einen parteilosen Bürgermeister. Der diplomierte Verwaltungsbetriebswirt und Haushaltsfachmann benennt als sein oberstes Ziel den Spagat zwischen Schuldenabbau und notwendigen Investitionen in der Gemeinde zu meistern. Eine große Herausforderung ist in diesem Zusammenhang der in Kooperation mit dem Lebens-

Der Bahnübergang inmitten der Gemeinde: für viele Bürger ein Ärgernis, für andere Gelegenheit zu einem kleinen Schwätzchen.

mitteldiscounter Lidl geplante Rathausneubau. Darüber hinaus ist ihm die behindertengerechte Modernisierung des Bahnhofes sowie des Umfeldes mit einem Fahrstuhl und einem Fußgängertunnel ein besonderes Anliegen. Eine Beseitigung des Schrankenübergangs, die sich nicht erst Bürgermeister Böckmann und Gemeindedirektor Alfred Schmiedel zum Ziel gesetzt hatten, hält Bürgermeister Rotering hingegen zumindest innerhalb des nächsten Jahrzehnts für illusorisch.

Gefeiert wird das 50-jährige Gemeindejubiläum am zweiten Juniwochenende 2018 mit einem großen Bürgerfest in der Gemeindemitte. Bereits am Freitag, den 8. Juni 2018, wird es einen offiziellen Festakt geben, zu dem auch Delegationen aus den Partnerstädten erwartet werden.

Zum Jubiläum ist ein Bildband im Regio-Verlag erschienen:

Barbara Börste, Gemeinde Bönen 1968 – 2018, Bönen, Werne 2017.